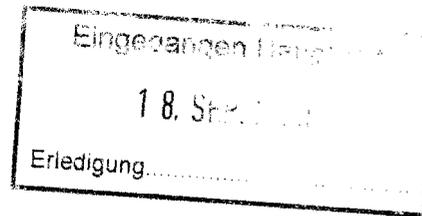


Vom Ausländerbeirat der Stadt Landau  
Von Frau Hilâl Incedere



An Oberbürgermeister Schlimmer und  
Stadtrat

Stadtrat Landau bitten wir folgenden Antrag zu beschließen:

Landau, 18.9.2009

Stadt Landau fordert das kommunale Wahlrecht für alle Migranten  
und Migrantinnen

Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines  
der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung, so auch unseres  
Grundgesetzes. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen  
Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht  
von der Staatsangehörigkeit der Einwohner und Einwohnerrinnen abhängig  
gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben gegenwärtig ca. 4,5 Millionen Ausländer  
und Ausländerinnen, die kein Recht auf politische Teilhabe bei Kommunalwahlen  
haben. Sie sind Staatsangehörige von Ländern, die nicht der Europäischen Union  
angehören – sogenannte Drittstaater. Eine demokratische Bürgergesellschaft kann  
es sich auf Dauer nicht leisten, einen großen Teil ihrer Mitglieder von elementaren  
Mitwirkungsrechten auszuschließen. Für die Identifikation aller Migranten und  
Migrantinnen mit ihrer Heimatkommune und damit letztlich für den Erfolg von  
Integrationsprozessen ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Bedingung. Es  
ermöglicht demokratische Teilhabe und Mitwirkung z.B. bei der Gestaltung des  
unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeldes.

Der Rat der Stadt Landau unterstützt deshalb die Einführung eines kommunalen  
Wahlrechts für alle Migranten und Migrantinnen. Er fordert Bundestag und  
Bundesrat dazu auf, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen, um das  
Kommunale Wahlrecht auf alle Migranten und Migrantinnen ausdehnen zu können.

Landau, 18.9.2009

Hilâl Incedere

Vorsitzende des Ausländerbeirates der Stadt Landau